8. Kann, wenn eine von einem Landtagsabgeordneten in Ausübung seines Berufes gethane, an sich beleidigende Äußerung von dem dadurch Angegriffenen auf der Stelle mit einer Beleidigung erwidert wird, und wegen dieser Beleidigung vom Abgeordneten Strafantrag gestellt worden ist, der Angeklagte auf Grund des §. 199 St.G.B.'s für straffrei erklärt werden?

St.G.B. §§. 11. 199.

Preuß. Verfassungsurk. v. 31. Januar 1850 Art. 84 (G. S. S. 29).

Verfassung des deutschen Reichs v. 16. April 1871 Art. 30

(R. G. Bl. S. 71).

III. Straffenat. Urtr. v. 5. März 1881 g. D. Rep. 200/81.

I. Landgericht Bielefeld.

Aus den Gründen:

Im August 1879 hielt der Angeklagte Redakteur D. in der evangelisch-lutherischen Konferenz zu Berlin einen die Gemeindefschulen betreffenden Vortrag; auf denselben nahm eine Rede Bezug, welche der preussische Landtagsabgeordnete L. in dieser seiner Eigenschaft am 11. Februar 1880 in einer Sitzung des Abgeordnetenhauses zu Berlin hielt. Mit dieser Rede beschäftigte sich ein Artikel der N. N.'schen Volkszeitung vom 17. Februar 1880, welcher vom Angeklagten, dem verantwortlichen Redakteur der Zeitung, verfaßt war; einige Sätze des Artikels veranlaßten den Abgeordneten L. zu einem Strafantrage gegen den Angeklagten wegen Beleidigung.

Die vorigen Richter haben gefunden, daß in dem Artikel zweifellos eine Beleidigung des Abgeordneten L. enthalten sei. Sie erklären indessen den Angeklagten für straffrei, weil die Invektiven des Artikels sich nur als ein Widerhall derjenigen beleidigenden Ausdrücke gegen die Berliner Augustkonferenz darstellten, deren sich der Abgeordnete L. in seiner Rede vom 11. Februar schuldig gemacht und durch die er den Angeklagten auch persönlich angegriffen habe. Es wird daher festgestellt, der Angeklagte habe durch seinen Zeitungsartikel den Abgeordneten L. öffentlich beleidigt, dagegen habe auch der letztere in seiner Rede vom 11. Februar den Angeklagten öffentlich beleidigt, und erscheine die Beleidigung des Angeklagten gegen L. nur als eine auf der Stelle erfolgte Erwiderung der Beleidigung des L. gegen den Angeklagten. Auf Grund dieser Feststellung haben die vorigen Richter für angemessen erachtet, von der Befugnis des §. 199 St.G.B.'s Gebrauch machend, den Angeklagten zwar der Beleidigung für schuldig zu erklären, aber von Strafe und Kosten freizusprechen.

Die Revision der Staatsanwaltschaft hält hierdurch die §§. 11 und 199 St.G.B.'s in Verbindung mit dem Art. 84 der preussischen Verfassung für verletzt, denen zufolge ein Abgeordneter wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Äußerungen nicht zur Verantwortung oder zur Rechenschaft gezogen werden dürfe.

Auch die vorigen Richter haben diesen Grundsatz nicht übersehen,

sie erörtern jedoch in ihren Urteilsgründen, die Bestimmungen des §. 11 und des Art. 84 müßten als Ausnahmebestimmungen strikt interpretiert werden und wollten nur besagen, daß ein Abgeordneter wegen beleidigender oder verleumderischer Äußerungen, die er in Ausübung seines Berufs gethan, nicht zur Verantwortung gezogen werden könne, bezügen sich aber nicht auf den Schutz, welchen ein Abgeordneter wegen ihm zugefügter Beleidigungen zu beanspruchen habe; in dieser Beziehung ständen ihm nur dieselben Rechte zu, welche jedem anderen Staatsbürger im vierzehnten Abschnitt des zweiten Theils des Strafgesetzbuchs gewährt worden seien.

Die im §. 199 St.G.B.'s dem Richter erteilte Befugnis, in dem Fall, wenn eine Beleidigung auf der Stelle erwidert wird, beide Beleidiger oder einen derselben für straffrei zu erklären, setzt voraus, daß gegen beide in Rede stehenden Personen der Thatbestand einer Beleidigung festgestellt worden sei, wenngleich die erwiderte Beleidigung möglicherweise schon aus anderen Gründen straflos sein kann, namentlich weil kein Strafantrag gestellt worden oder ein persönlicher Strafausschließungsgrund vorhanden ist. Der Richter muß also, um von jener Befugnis Gebrauch zu machen, die beleidigenden Handlungen oder Äußerungen beider Personen vor sein Forum ziehen und nach Maßgabe der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs beurteilen, und hat in dem hier vorliegenden Falle beide Personen für schuldig erklärt. Diesem Verfahren würde kein rechtliches Hindernis entgegenstehen, wenn die Vorschrift des §. 11 St.G.B.'s, daß Abgeordnete wegen ihrer in Ausübung des Berufs gethanen Äußerungen nicht zur Verantwortung gezogen werden sollen, und wenn die entsprechende Verfassungsbestimmung keine weitere Bedeutung hätte, als für die Abgeordneten hinsichtlich solcher Äußerungen einen besonderen Strafausschließungsgrund einzuführen. Der §. 11 St.G.B.'s hat jedoch eine andere und eine weiter gehende Bedeutung.

Es ist darin und ebenso in den, ihrem Sinne nach entsprechenden Verfassungsbestimmungen zunächst ein Gewicht darauf gelegt, daß die Abgeordneten nicht außerhalb der Versammlung, deren Mitglieder sie sind, zur Verantwortung gezogen werden sollen; sodann spricht der Artikel 84 der preussischen Verfassung aus, daß sie nur auf Grund der Geschäftsordnung zur Rechenenschaft gezogen werden sollen. In ähnlicher Weise sagt der Art. 30 der Reichsverfassung, kein Mitglied

des Reichstags dürfe wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Äußerungen gerichtlich oder disciplinär verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Das Muster dieser Art von Vorschriften hat der Artikel 9 der englischen bill of right von 1689 gegeben, welcher erklärt, daß the freedom of speech and debates or proceedings in parliament ought not to be impeached or questioned in any court or place out of parliament. Hiermit wird ausgesprochen, daß über die Äußerungen der Abgeordneten den Gerichten keine Jurisdiktionsbefugnis zukomme, daß vielmehr der Reichstag oder Landtag selbst die einzige Stelle sei, wo über dieselben geurteilt werden dürfe. Die Kompensationsbefugnis des §. 199 St.G.B.'s kann aber nicht ausgeübt werden, ohne daß das Gericht, wenn die Äußerung eines Abgeordneten mit einer Beleidigung erwidert worden ist, auch die erstere als eine Beleidigung rechtlich qualifiziert, also ein gerichtliches Urteil über sie abgibt, während nach jenen Vorschriften der Verfassungen und nach §. 11 St.G.B.'s die Gerichte keine Befugnis haben, sich mit solchen Äußerungen in der Art einer rechtlichen Beurteilung zu befassen. Zugleich erhellt, daß mit den citirten Vorschriften der Standpunkt eines bloßen Strafausschließungsgrundes verlassen ist.

Das Gleiche folgt aus der Stelle, welche der §. 11 St.G.B.'s im System des Gesetzbuchs erhalten hat. Derselbe fand sich nicht im Entwurf, sondern wurde bei der Beratung zunächst als §. 47 im Anfange des über die Strafausschließungsgründe handelnden Abschnittes, jedoch unter Vorbehalt des Beschlusses über die ihm definitiv zu gebende Stellung, vorgeschlagen und angenommen. Später fanden über diese Stellung im System eingehende Erörterungen statt. Der Bundeskommissar gab im Namen der Regierungen die Erklärung ab, der §. müsse jedenfalls eine würdigere Stelle als die unter den Strafausschließungsgründen bekommen; der preußische Justizminister hielt das Einführungs-gesetz für den richtigen Platz; dagegen wurde hervorgehoben, daß die Vorschrift des §. materieller Natur sei, daher besser in das Gesetzbuch selbst als in das Einführungs-gesetz passe; die geeignete Stelle sei die unter den „einleitenden Bestimmungen“ hinter §. 10, weil, nachdem im allgemeinen Teil ausgesprochen worden, daß das Strafgesetzbuch nicht Anwendung finde auf die Militärpersonen, sich formell richtig die Vorschrift anschließe, daß dasselbe für gewisse Handlungen einer anderen

Berufsklasse gleichfalls nicht Platz greifen solle. Dieser Antrag wurde zum Beschluß erhoben (vgl. Stenographische Berichte II. S. 1141, 1142). Seine jetzige Stellung hat also der §. nicht zufälligerweise erhalten, sondern absichtlich auf Grund der angeführten Erwägungen; auch deshalb erscheint die Auffassung der Vorschrift desselben als eines Strafausschließungsgrundes unzulässig. Mit Ausnahme des §. 1 der „einleitenden Bestimmungen“, welcher die Definition der Ausdrücke „Verbrechen“, „Vergehen“, „Übertretung“ giebt, beschäftigen sich die übrigen §§. des Abschnittes sämtlich mit den Grenzen, innerhalb welcher das Gesetzbuch zur Anwendung kommen soll; eben weil die Feststellung dieser Grenzen die Aufgabe der §§., und namentlich auch des §. 10 war, wies man auch dem §. 11 seinen Platz in diesem Abschnitte an. Der aus dieser Stellung zu entnehmende Sinn des §. 11, daß für die berufsmäßigen Äußerungen der Abgeordneten das Strafgesetzbuch als solches nicht die Grundlage der Beurteilung bilden solle, steht zugleich in vollständigem Einklang mit seinem unmittelbar durch den Wortlaut gegebenen Inhalt, daß diese Beurteilung nicht vor die Gerichte, sondern ausschließlich vor die Versammlung des Landtags oder der Kammer gehöre, und mit den oben citierten Verfassungsbestimmungen, wonach kein Abgeordneter wegen solcher Äußerungen gerichtlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung verantwortlich gemacht, bezw. diese Verantwortung oder Rechenschaft nur nach Maßgabe der Geschäftsordnung der Versammlung gefordert werden solle.

Die Abgeordneten sind also für ihre im Berufe gethauenen Äußerungen einerseits den Gerichten nicht verantwortlich, andererseits dem Strafgesetzbuch nicht unterworfen. Folgerweise kann eine solche Äußerung nicht als das Vergehen der Beleidigung im Sinne des Strafgesetzbuches bezeichnet werden, woraus sich ergibt, daß sie auch nicht, dem §. 199 St.G.W.'s gemäß, als eine Beleidigung mit der beleidigenden Äußerung eines anderen gegen den Abgeordneten kompensiert werden kann; da das Strafgesetzbuch überhaupt nicht darauf anwendbar ist, sind auch die §§. 185. 186 oder 199 nicht darauf in Anwendung zu bringen, und da den Gerichten keine Jurisdiktion darüber zusteht, können die Gerichte sie auch nicht mit der rechtlichen Qualifikation einer die Kompensation gestattenden Beleidigung belegen. In letzterer Hinsicht liegt der Fall hier wesentlich anders, als wenn es sich um Kompensation mit einer Beleidigung handelt, die von einer der Militärgerichtsbarkeit unter-

stehenden Person begangen worden sein soll. Wohl aber bleiben die Äußerungen der Abgeordneten thatsächliche Vorgänge und vermögen als solche die ihrer Art und ihrem Inhalt entsprechenden thatsächlichen Wirkungen hervorzubringen. Nicht ausgeschlossen durch die Immunität der Abgeordneten ist die Berücksichtigung solcher thatsächlichen Wirkungen auch auf den Gemüthszustand anderer Personen. Sind die letzteren dadurch gereizt und in Affekt versetzt und in diesem Zustande zu beleidigenden Gegenäußerungen gegen Abgeordnete fortgerissen, so steht daher kein rechtliches Hindernis der Erwägung eines solchen Kausalzusammenhanges bei der Zumessung der Strafe der Gegenäußerungen entgegen; dabei unterliegen die vorausgegangenen Äußerungen der Abgeordneten keiner juristischen Würdigung durch die Gerichte, sondern nur einer ganz auf dem thatsächlichen Gebiete bleibenden Berücksichtigung. Ebenso ist es nicht ausgeschlossen, in dem Falle, wenn die Äußerung eines Abgeordneten mit einer an sich ehrverletzenden Äußerung der durch jene angegriffenen Personen erwidert worden ist, diese Erwidерung unter den Schutz des §. 193 St.G.B.'s zu stellen, wenn dessen Voraussetzungen vorliegen. Ob dagegen die Feststellungen der vorigen Richter in der gegenwärtigen Sache die Nichtanwendung des §. 193 St.G.B.'s auf die Äußerungen des Abgeordneten L. rechtfertigen, welche Frage sonst aus dem Grunde beantwortet werden müßte, weil schon die unter dem Schutze des §. 193 stehenden oder zu stellenden Äußerungen nicht zu der in §. 199 gestatteten Kompensation benutzt werden können, entzieht sich wiederum wegen der allgemeinen Unanwendbarkeit des Strafgesetzbuchs auf die Reden der Abgeordneten der Erörterung.

Daß bei der obigen Auffassung der Bedeutung des §. 11 a. a. D. im Sinne einer Sicherung der Kammermitglieder gegen Eingriffe der richterlichen Gewalt in ihre Berufsthätigkeit den Abgeordneten in Aufhebung der in ihrem Berufe gethanen Äußerungen eine Art von Sakrosanktität eingeräumt wird, welche die Regel des §. 3 St.G.B.'s vollständig durchbricht und die Abgeordneten gegenüber den anderen Staatsbürgern in eine den Interessen der letzteren unter Umständen keineswegs günstige privilegierte Ausnahmestellung versetzt, läßt sich nicht verkennen. Diese Ausnahmestellung würde sich auch darin zeigen können, daß, wenn jemand gegen einen Abgeordneten den Vorwurf, derselbe habe sich einer Beleidigung oder Verleumdung oder einer sonstigen strafbaren Handlung in seinen Berufsäußerungen schuldig gemacht, erhoben hätte und

deshalb von seiten des Abgeordneten ein Strafantrag wegen Beleidigung gestellt worden wäre, selbst der Beweis der Wahrheit des Vorwurfs (§§. 186. 192 St.G.B.'s) insoweit für unzulässig befunden werden müßte, als es auf die rechtliche Qualifizierung der Äußerung des Abgeordneten als einer Beleidigung zu käme. Auch lag geschichtlich und politisch das Motiv, weshalb die Gesetzgebung den Abgeordneten einen besonderen Schutz verlieh, nicht sowohl in der Notwendigkeit, sie gegenüber anderen Privatpersonen in eine privilegierte Stellung zu bringen, als darin, daß sie gegenüber der jeweilig im Amt befindlichen Staatsgewalt ein die Ausübung ihrer Pflichten sicherndes Vorrecht vor anderen Staatsangehörigen hinsichtlich der Verfolgung wegen politischer Vergehen oder unter dem Vorwande der Verübung irgend eines Delikts erhalten sollten. Allein was diesen letzteren Umstand betrifft, sind die meisten Verfassungen und ist auch der §. 11 St.G.B.'s über das ursprünglich auf die Immunität der Abgeordneten führende Motiv und dessen unmittelbare Konsequenzen wohl mit Rücksicht auf die sonst nahe liegende Gefahr einer Umgehung der schützenden Bestimmungen thatächlich hinausgegangen, und hat die Gesetzgebung ein Gebiet der Nichtverantwortlichkeit festgestellt, in welches auch gewisse Beziehungen der Abgeordneten zu Privatpersonen fallen; wie weit hier die Exemption vom Gesetze reicht, ob beispielsweise nur die Bestrafung der Abgeordneten wegen Beleidigung von Privatpersonen ausgeschlossen wird, muß durch die gewöhnlichen Mittel der Auslegung des betreffenden Gesetzes ermittelt werden; aber schon eine solche Einschränkung auf bloße Straflosigkeit der Beleidigung von Privatpersonen würde über das Gebiet der Sicherstellung der Abgeordneten gegen politische Verfolgung seitens der Regierungen hinausgreifen. Daß sodann durch die gesetzliche Bevorrechtung einer Klasse von Personen vor anderen Personen die Interessen, und zwar auch sehr wohl berechnigte Interessen, der letzteren beeinträchtigt werden können, bildet eine fast unvermeidliche Folge einer jeden Rechtsungleichheit, welche nur damit gerechtfertigt werden kann, daß auf der anderen Seite Vorteile für das Gemeinwesen erlangt werden, welche die Benachteiligung einzelner mindestens aufwiegen. Über das Maß und Verhältnis der Vorteile und Nachteile läßt sich im einzelnen streiten; es ist wohl möglich, daß der gesetzliche Schutz der Abgeordneten sogar gegen die Anklage wegen politischer Verbrechen sich in einzelnen Fällen für den Staat als nachteilig erweist; für den Richter

faun es sich jedenfalls nur um die Prüfung handeln, wie weit zufolge des positiven Gesetzes der gewährte Schutz der Abgeordneten reicht, und die Rücksicht auf die Interessen anderer könnte dabei nur als ein weiteres Mittel für die Erkenntnis des wahren Sinnes und Willens des Gesetzgebers in Betracht kommen, sofern es an direkten Mitteln der Auslegung des Gesetzes fehlte; derartige direkte Interpretationsbehelfe sind indessen im vorliegenden Fall ausreichend zur Hand. Auch würde, wenn man bei der Abgrenzung der den Abgeordneten zukommenden Immunität vom Strafgesetz der Rücksicht auf das Interesse der etwa von jenen angegriffenen Privatpersonen soviel Gewicht beilegen wollte, daß man die Kompensation beiderseitiger Beleidigungen gestattete, zur Erwägung kommen müssen, ob es dem vom Gesetz erstrebten Zweck entspräche, einen Zustand zuzulassen, in welchem die Abgeordneten den Schmähungen der einen oder anderen Partei der Presse, oder, da auch tatsächliche Beleidigungen und leichte Körperverletzungen mit beleidigenden Berufsäußerungen der Abgeordneten würden kompensiert werden können (vgl. §. 233 St.G.B.'s), selbst den thätlichen Angriffen politischer Gegner ohne zureichenden Schutz preisgegeben wären. Die Beurteilung der Tragweite des §. 11 St.G.B.'s und der einschlägigen Verfassungsbestimmungen aus dem Gesichtspunkte der Möglichkeit und der persönlichen Interessen unterliegt auf diese Weise Schwierigkeiten, deren gleichmäßige Überwindung nicht in Aussicht steht. Senem ersterwähnten Bedenken aber, daß man dem Stande der Abgeordneten nicht eine gewisse Unverletzlichkeit, eine Art von Sakrosanctität beilegen dürfe, läßt sich mit der Hinweisung darauf begegnen, daß mit diesen Ausdrücken doch nur ein Zustand der Nichtverantwortlichkeit der Abgeordneten vor dem Strafgesetz hinsichtlich ihrer berufsmäßigen Äußerungen gemeint sein kann, daß dieser Zustand kraft der citierten positiven Gesetze innerhalb gewisser Grenzen jedenfalls und zweifellos besteht, und daß die Frage, ob man die Kompensation von Beleidigungen innerhalb oder außerhalb dieser Grenzen verlegt, aus dem Gesichtspunkte des allgemeinen Staatsorganismus betrachtet von untergeordneter Bedeutung ist.